



TRITTSTEIN 6 UMWELTSCHUTZ UND LEBENSQUALITÄT

Umweltschutz kann Arbeit schaffen

Vielfach wurde das Ziel des Umweltschutzes als der Wirtschaftsentwicklung abträglich eingeschätzt. Umweltauflagen würden die Produktion verteuern, die Wettbewerbsfähigkeit verringern und damit Arbeitsplätze vernichten. Viele haben jedoch längst erkannt, dass die Ressourcen endlich sind und die Belastbarkeit der Ökosysteme begrenzt ist. Das Missachten der Begrenztheit der Ressourcen und der Umweltbelastung kann der Wirtschaft den Boden unter den Füßen wegziehen und sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung wie auf die Lebensqualität auswirken. Ein Kurswechsel in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens schafft umgekehrt neue Berufsbilder und Arbeitsplätze. Und wer in umweltfreundliche Technologien investiert, der könnte im weltweiten Wettbewerb zukünftig die Nase vorne haben!

PRINZIPIEN ZUR FINANZIERUNG DES UMWELTSCHUTZES

VERURSACHERPRINZIP

VerursacherInnen von Umweltschäden tragen deren Kosten

NUTZNIESSERPRINZIP

Belohnung umweltbewussten Verhaltens, Bestrafung umweltbelastenden Verhaltens

GEMEINLASTPRINZIP

Umweltkosten werden von der öffentlichen Hand getragen

Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, pdf-Serie Wirtschaft und Wirtschaften – EINBLICKE, herunterladbar unter http://www.wirtschaftsmuseum.at/wmdownload_einblicke_06.htm (letzter Zugriff 19.7.2010)

Die Grafik zeigt, auf welche verschiedene Arten man den Umweltschutz finanzieren kann: Beim ersten Modell tragen die VerursacherInnen von Umweltschäden die Kosten. Beim zweiten Modell werden jene, die mit ihrem Verhalten die Umwelt schonen, belohnt, und jene, die die Umwelt schädigen, bestraft. Beim dritten Modell werden alle Umweltkosten vom Staat übernommen.

Wer soll den Umweltschutz bezahlen?

Das lange Zeit praktizierte Prinzip des Abwälzens von Umweltkosten auf direkt oder indirekt Geschädigte oder die Allgemeinheit ist nur betriebswirtschaftlich gedacht, aber volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial bedenklich und schädlich. Zur Eindämmung der Umweltbelastung sowie zur Deckung der Kosten des Umweltschutzes werden verschiedene Prinzipien vorgeschlagen und angewandt.

- ➔ Das Verursacherprinzip stellt die direkten und indirekten Folgekosten durch Ressourcenverbrauch, Produktion und Transport den VerursacherInnen in Rechnung. Konsequenterweise würde dies höhere Preise für umweltschädigende Produkte bedeuten. Dies würde umweltfreundliche Produkte im Vergleich billiger machen.
- ➔ Das Nutznießerprinzip belohnt zusätzlich umweltbewusstes Verhalten (etwa durch eine staatliche Förderung beim Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten) und bestraft umgekehrt umweltbelastendes Verhalten (höhere Energiepreise statt Rabatte für Großabnehmer).
- ➔ Wenn der Staat die Kosten für eine Verbesserung der Lebensqualität aus Steuergeldern übernimmt, dann spricht man von Gemeinlastprinzip.

Warum sind Umweltschutz und Lebensqualität wirtschaftspolitische Ziele?

Die steigenden Preise der knappen Ressourcen legen einen schonenden Umgang mit Ressourcen auch aus wirtschaftlichen Gründen nahe. Die sogenannte Energiewende (mehr Energieeffizienz, weniger Energieverbrauch, Ausstieg aus fossilen Energieträgern, Einsatz umweltfreundlicher Technologien, Vermeidung von schädlichen Emissionen) rechnet sich langfristig und ist auch umwelt- und sozial verträglicher. Denn die Umweltkosten schlugen sich bislang als Belastungen und Kosten für die Allgemeinheit (z.B.: als Gesundheitsbelastungen und Kosten im Gesundheitssystem) nieder. Investitionen in die Forschung und Entwicklung dieser neuen Technologien schaffen → Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Eine gute Lebensqualität ist zudem ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor, der bei der Suche von Unternehmen nach neuen Standorten durchaus eine Rolle spielen kann.

B UMWELT(SCHUTZ) KENNT KEINE GRENZEN

Verantwortungsbewusster Umgang mit Umwelt und Lebensqualität darf nicht an nationalen Grenzen enden, die großen ökologischen Herausforderungen sind vor allem in transnationalen und globalen Kooperationen zu bewältigen. Dies braucht auch fairere Wettbewerbsbedingungen im Weltmarkt und das Achten auf globale Standards, denn ansonsten erkaufen wir uns eine bessere Umwelt- und Lebensqualität auf Kosten ärmerer Länder. Die Bilder von Kindern, die auf Müllhalden im giftigen, illegal nach Afrika exportierten europäischen Elektronikschrott wühlen, sowie die unmenschlichen Produktionsbedingungen in der Textilindustrie in Billiglohnländern durch Preisdumping sind zwei von zahllosen Beispielen, wie derzeit Umweltbelastungen „exportiert“ werden und die Lebensqualität durch ungleiche Machtpositionen im globalen Handel verschlechtert wird.

WIPO Wie kann WirtschaftsPOLITIK den Umweltschutz vorantreiben?

Wirtschaftspolitik kann Rahmenbedingungen schaffen, die Umweltschutz zu einem integralen Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung machen.

- ➔ Auf globaler Ebene: Im globalen Maßstab können hier etwa die Versuche genannt werden, mit Emissionshandel die Ziele des Klimaschutzes in der Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen.
- ➔ Auf EU-Ebene stehen die Interessen einer industriellen Landwirtschaft den vorhandenen Bemühungen um eine biologische Produktion entgegen. Der freie Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarkts als wirtschaftspolitisches Credo verhindert bisweilen ökologisch sinnvolles Lenken in wichtigen Politikfeldern. Die ökologisch sinnvolle Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs (Bsp.: Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene) musste etwa zugunsten der Freiheit der Wahl der Verkehrsmittel abgeschwächt werden.
- ➔ Nationale Wirtschaftspolitik kann aber auch in Programmen zur Ankurbelung der Konjunktur den Umweltschutz unterstützen. Die Förderung von Maßnahmen zur Wärmedämmung von Gebäuden beispielsweise senkt den Energieverbrauch und unterstützt die regionale Wirtschaft. Die „Schrottprämie“ beim Eintausch des Kfz mit einem Neuwagen wurde als Umweltschutzmaßnahme verkauft. Da diese aber unabhängig von Motorleistung und Kraftstoffverbrauch gewährt wurde, diente dies eher zur Ankurbelung im Automobilhandel als zur Reduktion der Schadstoffbelastung.

Arbeitsanregungen

1. Ordnen Sie folgende Maßnahmen den drei Prinzipien der Finanzierung des Umweltschutzes zu: *Globaler Emissionshandel, motorbezogene Kfz-Steuer (Höhe nach Leistung und Verbrauch des Fahrzeugs), Förderungen für Landschaftspflege an landwirtschaftliche Betriebe, Förderungen für biologische Landwirtschaft durch EU, Verschrottungsprämie, Förderung der Wärmedämmung durch Staat.* Finden Sie weitere Beispiele.

Verursacherprinzip	Nutznießerprinzip	Gemeinlastprinzip

2. Wirtschaftspolitik und Umweltschutz konkret: Unter welchen Bedingungen wäre eine Verschrottungsprämie beim Kauf eines Neuwagens auch ein Beitrag zur Steigerung der Umweltqualität?
3. Argumentieren Sie, wie Interessenkonflikte zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umweltschutz entstehen können. Umgekehrt: Wie kann ein Mangel an Umweltschutz das Wirtschaftswachstum und damit auch die Beschäftigung gefährden?
4. Umweltschutz ist in der keynesianischen wie in der neoliberalen Denkschule kein zentrales Thema. Formulieren Sie Forderungen und Positionen einer dritten wirtschaftspolitischen Denkschule, die Umweltschutz als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel ansieht.